

Ein neues Kapitel im Nahostkonflikt

Europas Antwort auf den Nahost-Friedensplan

Wie weiter im Nahostkonflikt?

„Peace to Prosperity,“ heißt Präsident Trumps lang angekündigter Friedensplan für den mittlerweile über 70 Jahre alten Nahostkonflikt. Genauer gesagt bezeichnet ihn die US Administration als eine Vision, die Präsident Trump in Anwesenheit des israelischen Premierministers Netanyahu Ende Januar in Washington vorgestellt hat.

Lange wurden die Veröffentlichung und mögliche Umsetzung eines Nahostfriedensplans durch die politischen Unwägbarkeiten in Israel verzögert. Über ein Jahr und drei Parlamentswahlen brauchten die zerstrittenen Fraktionen in Israel, um eine mühselig ausgehandelte Einheitsregierung zu formen. Ihr Hauptziel soll die Bekämpfung der Coronavirus Pandemie sein. Dennoch steht auch in Israel trotz der grassierenden Gesundheitskrise die weitere Politik nicht still. So ist vorgesehen, dass Israels alter und neuer Premierminister Benjamin Netanyahu sich ab Juli an die Umsetzung des US Friedensplans wird machen können – zumindest den Teil des Plans, den er im Interesse Israels sieht. Eine besonders wichtige Frage wird sein, ob sich Israel dazu entscheiden wird, Teile des von der EU als besetzt angesehenen Westjordanlandes zu annektieren. Aber auch die Frage, wie sich die neue Regierung in Israel zum US Friedensplan insgesamt positionieren wird, bleibt von großer Wichtigkeit für die Region.

Auch für die europäischen Staaten sind diese Fragen von großer Wichtigkeit, da sie das zukünftige Verhältnis zur neuen Regierung in Israel maßgeblich bestimmen dürften.

Dieses Briefing fasst den Inhalt des US-Friedensplans zusammen, gibt einen Überblick zu israelischen, arabischen und palästinensischen Positionen und zeigt Handlungsmöglichkeiten für Europa auf.

„Peace to Prosperity“ – Trumps Friedensvision

Am 28. Januar [stellte](#) US-Präsident Donald Trump auf einer Pressekonferenz im Weißen Haus seinen lange erwarteten Friedensplan für den Nahen Osten vor. Die Veröffentlichung des Plans kommt zweieinhalb Jahre nachdem Präsident Trump seine Absicht angekündigt hatte, eine neue Friedensinitiative zu starten. Bereits im Juni 2019 hatte die US Administration unter Führung von Jared Kushner die wirtschaftliche Komponente des Plans auf einer internationalen Konferenz in Bahrain vorgestellt.

Bei der Präsentation in Washington nannte Präsident Trump seinen Friedensplan eine „Win-Win-Situation“ für Israelis und Palästinenser. Premierminister Benjamin Netanyahu, der bei der Präsentation der Friedensinitiative anwesend war, nannte das Abkommen "einen großartigen Plan für Israel" und verglich seine Ankündigung mit der Anerkennung des Staates Israel durch Präsident Harry Truman im Jahr 1948. Während palästinensische Vertreter nicht anwesend waren und den Vorschlag bereits vor der Veröffentlichung ablehnten, nahmen [Gesandte](#) aus

den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), Bahrain und dem Oman an der Präsentation des Deals teil.

Was steckt hinter Präsident Trumps Plan?

Im Kern sieht der [US-Friedensplan](#) eine Zwei-Staaten-Lösung mit israelischen und einem demilitarisierten palästinensischen Staaten vor. Im Gegensatz zu früheren Friedensvorschlägen enthält der Plan eine Karte, die die vorgeschlagenen Grenzen zwischen den beiden Staaten detailliert darstellt. Der palästinensische Staat würde aus dem größten Teil des Westjordanlandes (ca. 70%) und dem Gazastreifen bestehen. Allerdings würden auch alle israelischen Siedlungen im Westjordanland Teil des israelischen Staates werden. Ungenehmigte Außenposten israelischer Siedlungen würden entfernt werden. Darüber hinaus sieht der Plan vor, dass Israel die palästinensische Seite mit anderen Territorien kompensieren würde (sogenannte Landswaps), sodass die Landmasse des palästinensischen Staates mit der Größe der Gebiete vor dem Sechs-Tage Krieg im Jahr 1967 „einigermaßen vergleichbar“ wäre. Das größte zu tauschende Gebiet würde sich im Süden Israels nahe der ägyptischen Grenze befinden. Der Plan bietet auch die theoretische Möglichkeit, das sogenannte „Dreieck“ – ein Gebiet mehrerer arabischer Städte, die derzeit Teil Israels sind – allerdings an der Grenze zum Westjordanland liegen – an einen zukünftigen palästinensischen Staat zu übergeben.

Für die Palästinenser sieht der Plan einen entmilitarisierten Staat vor. Zwar hätten die Palästinenser ihre eigenen internen Sicherheitskräfte, allerdings würde Israel die übergeordnete Sicherheitsverantwortung für das gesamte Gebiet des Staates Israel und des zukünftigen palästinensischen Staates behalten. Gleichzeitig wird eine physische Verbindung zwischen dem Westjordanland und dem Gazastreifen vorgesehen, um die Freizügigkeit der Palästinenser zwischen beiden Staatsteilen sicherzustellen.

Der Plan sieht vor, dass der größte Teil Jerusalems, einschließlich seiner Altstadt, den derzeitigen



Die im Friedensplan veröffentlichte Karte Israels und einem zukünftigen Palästinenserstaat.

administrativen Grenzen entsprechend unter israelischer Kontrolle bleibt. Die Palästinenser sollen ihre Hauptstadt an der Jerusalemer Stadtgrenze etablieren können. Der Status quo in Bezug auf die heiligen Stätten Jerusalems würde bestehen bleiben. Palästinenser und andere Muslime sollen weiterhin ungehinderten Zugang zu den heiligen muslimischen Stätten genießen. Darüber hinaus sieht der Plan keine Aufnahme palästinensischer Flüchtlinge durch Israel vor, gibt jedoch an, dass sie mit gewissen Einschränkungen in den Staat Palästina einwandern, Bürger der derzeitigen Aufenthaltsländer werden

oder in andere muslimische Länder einwandern können.

Der Friedensplan sieht auch Bedingungen für die Gründung des palästinensischen Staates vor. Dazu gehört die vollständige Entmilitarisierung des Gazastreifens sowie die Abrüstung der Hamas und aller anderen militanten Gruppen im Gazastreifen. Die Palästinensische Autonomiebehörde müsste auch ihre Politik der Zahlungen an die Familien von Terroristen beenden, die an Angriffen und Hetze gegen Israelis beteiligt sind.

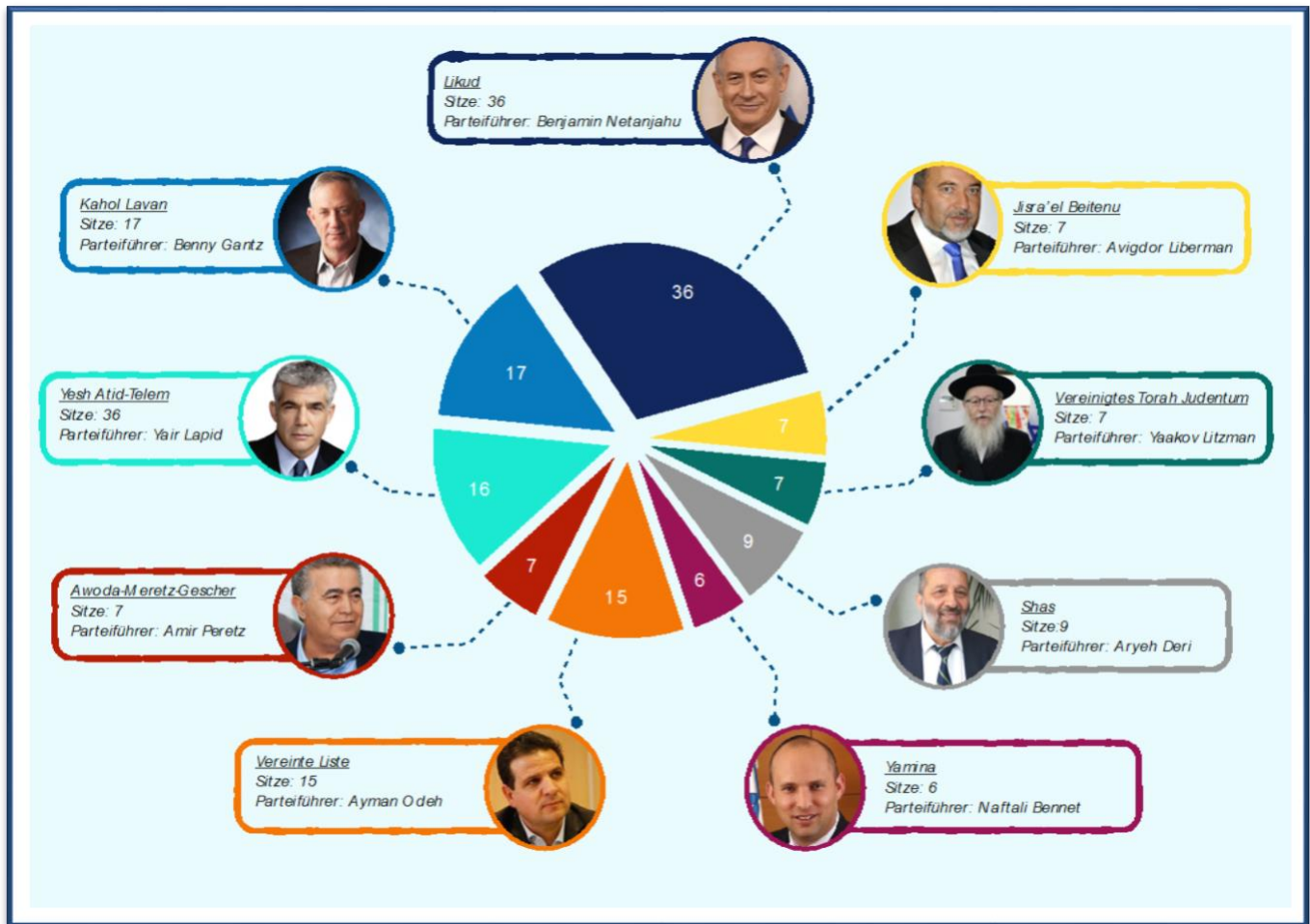
Im Gegensatz zu früheren Friedensplänen, enthält der Plan der Trump Administration allerdings nicht nur eine politische Komponente, sondern auch ein Kapitel zur wirtschaftlichen Entwicklung eines zukünftigen palästinensischen Staates. Der wirtschaftliche Teil des US-Friedensplans, der bereits im Juni letzten Jahres in Bahrain vorgestellt wurde, sieht eine Investition von 50 Milliarden US-Dollar in die palästinensischen Regionalwirtschaften über einen Zeitraum von 10 Jahren vor. Über die Hälfte dieser Summe würde in die palästinensischen Gebiete fließen, während der Rest in die Nachbarländer geleitet wird: Libanon, Ägypten und Jordanien. Ein Teil der Summe würde beispielsweise für die Entwicklung der ägyptischen Sinai-Halbinsel verwendet, um die im Gazastreifen lebenden Palästinenser mit der Außenwirtschaft zu verbinden. Das Geld wird über einen internationalen Fonds verwaltet, mit dem Ziel, das palästinensische BIP zu verdoppeln, über 1 Million Arbeitsplätze zu schaffen, die Arbeitslosenquote zu senken und die Armutsquote um die Hälfte zu verringern. Das im Juni veröffentlichte Kapitel enthält eine Liste von 179 Entwicklungsprojekten in den Bereichen Infrastruktur, Wasser, Strom, Telekommunikation, Tourismus, medizinische Einrichtungen, Dienstleistungen etc. Der Plan sieht unter anderem den Bau eines 5-Milliarden-Dollar-Verkehrskorridors und einer Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen dem Westjordanland und Gaza sowie eine Investition von fast einer Milliarde Dollar in die palästinensische

Tourismusindustrie, die Entwicklung des palästinensischen High-Tech-Sektors, Wasseraufbereitungs- und Elektrizitätsanlagen und die Einrichtung neuer Industriezonen vor.

Eine historische Chance für Israel?

Als Präsident Trump am 28. Januar im Weißen Haus ans Podium trat um seinen Friedensplan vorzustellen, stand Premierminister Benjamin Netanyahu neben ihm, um den „Deal des Jahrhunderts“ als „Chance des Jahrhunderts“ zu [begrüßen](#). Netanyahu lobte Präsident Trumps dafür, erkannt zu haben, dass Israel Souveränität über das Jordantal und andere strategische Teile des Westjordanlandes (Judäa und Samaria, wie es in Israel genannt wird) haben muss. Dementsprechend erklärte sich Benjamin Netanyahu bereit, auf Basis des Friedensplans der Trump Administration Verhandlungen mit der palästinensischen Führung zu beginnen. In seiner Antwort versicherte Netanyahu, dass Israel den Status Quo in den Gebieten beibehalten wird, die im Plan nicht Teil Israels sein sollten. Gleichzeitig kündigte er an, das Jordantal und Siedlungen in Judäa und Samaria annektieren zu wollen.

Auch Benny Gantz, Vorsitzender des Parteienbündnisses **Blau-Weiß**, äußerte sich positiv zu der US-amerikanischen Initiative. Mit seinem Vorschlag habe Trump die Basis für eine zukünftige Übereinkunft mit den Palästinensern geschaffen, so Gantz kurz nach der Veröffentlichung des Plans. Sollte er zum Premierminister gewählt werden, werde er sich darum bemühen, die Umsetzung des Plans zusammen mit den USA, Jordanien, Ägypten, sowie den Palästinensern umgehend in Gang zu setzen, [sagte er im Wahlkampf](#). Anfang März konkretisierte Blau-Weiß Parteivize Yair Lapid diese Position mit der Darstellung eines Vier-Punkte Plans für den Nahostkonflikt. Israels Sicherheit müsse in



Die Ergebnisse der israelischen Knessetwahlen vom 02. März 2020. Eigene Zusammenstellung

israelischen Händen bleiben (d.h. Israel würde es weiterhin erlaubt sein, innerhalb der palästinensischen Gebiete militärisch zu agieren, sofern dort eine akute Sicherheitsgefahr für Israel bestünde), das Jordantal bleibe weiterhin unter israelischer Kontrolle, Jerusalem bleibe die ungeteilte Hauptstadt Israels und ein Recht auf Rückkehr palästinensischer Flüchtlinge stehe nicht zur Debatte. Solange die Regierungskrise in Israel anhielt, waren die Positionierungen der Parteien in Israel ohne tatsächliche Konsequenzen. Nun allerdings, da seit Mitte April das politische Tauziehen in Israel beendet zu sein scheint, und eine große Koalition zwischen den Fraktionen um Benjamin Netanyahu und Benny Gantz steht, gewinnt Israels Herangehensweise an den Friedensplan der Trump Administration eine neue Bedeutung.

Als Teil der neuen Regierung soll Benjamin Netanyahu für 18 Monate Premierminister sein, Benny Gantz soll das einflussreiche Verteidigungsministerium führen. Ab Oktober 2021 würde Benny Gantz dann als Premierminister übernehmen. Der Koalitionsvertrag sieht vor, dass Regierung und Parlament ab 1. Juli 2020 über etwaige Annexionspläne abstimmen können. Basis für eine Annexion wären der [Friedensplan der Trump Administration](#). Jegliche Annexionsentscheidung soll in [voller Übereinkunft](#) mit den USA stattfinden, insbesondere bezüglich der Frage welche Bereiche der Westbank die USA als zu Israel gehörend anerkennen würde. Zudem schreibt der Koalitionsvertrag vor, dass Israel in Bezug auf eine Annexionsentscheidung in Dialog mit der internationalen Gemeinschaft tritt. Ziel soll es sein, eine Annexionsentscheidung im Einklang mit Israels [strategischen Interessen zu treffen](#), inklusive der

Notwendigkeit regionale Stabilität sowie bestehende und zukünftige Friedensverträge zu sichern. Zwar würde Benny Gantz präferieren, eine Übereinkunft mit den Palästinensern und der internationalen Gemeinschaft zu erzielen um israelische Souveränität auf Teile der Westbank [auszuweiten](#), allerdings sieht der Koalitionsvertrag für Gantz in dieser Frage nur eine [konsultative Rolle](#) vor. Netanyahu sieht die Möglichkeit Teile der Westbank zu annektieren als einen wichtigen Teil seines politischen Vermächtnisses und setzt darauf, eine Entscheidung vor der amerikanischen Präsidentschaftswahl durchzusetzen. Er fürchtet, dass eine solche Maßnahme [nicht mehr möglich sein wird](#), sollte Joe Biden die US-Wahlen gewinnen.

Wenngleich insbesondere die Mitglieder der arabischen Parteien Israels und der linksliberalen Meretz wahrscheinlich gegen Annexionspläne der Regierung stimmen würden, ist zu erwarten dass [eine Mehrheit](#) der Knessetmitglieder die Pläne unterstützen würde. Experten zufolge könnte selbst [Yair Lapids Partei Yesh Atid](#) für eine Annexion von Teilen des Westjordanlandes stimmen.

In der israelischen Öffentlichkeit wurde der US-Friedensplan insgesamt eher positiv aufgenommen, so der erfahrene israelische Verhandlungsführer und außenpolitische Experte Michael Herzog während einer von ELNET Deutschland organisierten Videokonferenz.

„Die Bildung einer neuen Regierung (in Israel) ermöglicht es der US-Regierung, ihren Friedensplan wieder hervorzuholen in der Hoffnung ihn wieder anzugehen.“ Allerdings wird es „jedem palästinensischen Politiker sehr schwer fallen einen solchen Plan zu begrüßen, nicht nur wegen seiner Vorschläge bezüglich der territorialen und anderen wesentlichen Fragen, aber auch, weil die Gründung eines palästinensischen Staates von zahlreichen Bedingungen abhängig gemacht wird... Zwar ist richtig, dass die palästinensische Führung alle vorherigen Friedensvorschläge abgelehnt hat, allerdings bietet dieser Plan wahrscheinlich selbst der

moderatesten palästinensischen Führung keinen Anreiz,“ sich an den Verhandlungstisch zu bewegen, erklärte Michael Herzog. Dennoch sollten die Palästinenser unabhängig von ihrer Ablehnung des Plans „politisch mit den Amerikanern in Kontakt treten,“ sagte Herzog während der Videokonferenz. „Es ist ein Fehler der Palästinenser, die Weltmacht politisch zu boykottieren... Wenn die Palästinenser die amerikanische und israelische Entscheidungsfindung in den nächsten Monaten beeinflussen wollen, ist es am besten, mit den Amerikanern in Kontakt zu treten.“ Die Europäer könnten eine konstruktive Rolle spielen, indem sie die Palästinenser dazu drängten, sagte Herzog.

Es ist zu erwarten, dass sich die neue israelische Regierung in den kommenden Monaten in die Richtung bewegen wird, ihre Souveränität auf Teile der Westbank zu erweitern. "Ich denke, (Netanyahu) sieht dies als Teil seines (politischen) Vermächtnisses," erklärte Herzog. Während das Abkommen tatsächlich einen Austausch mit der internationalen Gemeinschaft in dieser Frage vorsieht, ist die einzige wirkliche Bedingung die vollständige Zustimmung der USA zu einer Annexionsentscheidung, fügte der außenpolitische Experte hinzu. Herzog warnte jedoch: „Blau-Weiß ist besorgt über die Auswirkungen, die ein solcher Schritt auf unsere Friedensbeziehungen mit Jordanien, insbesondere wenn wir das Jordantal unter israelische Souveränität stellen, unsere Friedensbeziehungen mit Ägypten und unseren Beziehungen mit der internationalen Gemeinschaft haben könnte.“ Langfristig wirft ein solcher Schritt, je nachdem, wo und wie er gemacht wird, ernsthafte Fragen hinsichtlich der Aussichten auf einen israelisch-palästinensischen Frieden sowie die Stabilität vor Ort auf, schloss Herzog.

Arabische Staaten zwischen Ablehnung und Kooperation

Deutlich kritischer, aber bei weitem nicht mit einer Stimme haben sich die arabischen Staaten zum Friedensplan der Trump Administration geäußert.

Von der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) in Ramallah folgte auf die Präsentation des Friedensplans der Trump Administration eine prompte Ablehnung. Der palästinensische Präsident Mahmoud Abbas [erklärte](#), er habe "tausend mal Nein zum Deal des Jahrhunderts" gesagt. Zudem erklärte er, dass die PA die USA in diesem Prozess nicht als "ehrlichen Makler" ansehe, nachdem die Trump-Administration Jerusalem als Hauptstadt Israels und Israels Souveränität über die Golanhöhen anerkannt hatte. Kurz nach Veröffentlichung des Friedensplans starteten palästinensische Terroristengruppen in Gaza [Raketenangriffen auf Südisrael](#).

Mit dem absehbaren Abschluss einer Einheitsregierung und den entsprechenden Annexionsplänen, hat die Palästinensische Autonomiebehörde ihre Anstrengungen die internationale Gemeinschaft gegen eine mögliche Annexion zu mobilisieren nochmal intensiviert. In der vergangenen [Woche sprach der Generalsekretär der PLO](#), Saeb Erekat, Medienberichten zufolge mit Vertretern der EU, der UN, Spaniens und Russlands die laut Erekat Trumps und Netanyahus Annexionspläne ablehnten. Zudem warnte Erekat, dass eine Annexion von Teilen des Westjordanlandes das [Ende der Chancen für eine Verhandlungslösung](#) bedeuten würde. In der Zwischenzeit [drohte Abbas](#) Konsequenzen an, sollte Israel sich dazu entscheiden Teile des Westjordanlandes zu annektieren.

Auf die volle Unterstützung ihrer arabischen Nachbarstaaten werden die Palästinenser dabei allerdings nicht hoffen können. Denn dort waren die Reaktionen deutlich gemischter. Offiziell stimmte die Arabische Liga dafür, den US-Friedensplan einstimmig abzulehnen, und nannte ihn "unfair" gegenüber den Palästinensern. Vertreter der Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrains und des Oman nahmen jedoch an der Enthüllung des Plans teil, und einige arabische Länder wie Saudi-Arabien und die Vereinigten

Arabischen Emirate äußerten sich positiv über die Anstrengungen der Trump Administration, den Friedensprozess voran zu treiben und [forderten](#) die Palästinenser auf, in die Verhandlungen mit Israel einzutreten.

Die verhalteneren Reaktionen der arabischen Nachbarstaaten, insbesondere Saudi Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate, spiegeln die sich wandelnden internationalen Beziehungen im Nahen Osten wieder. Längst hat der Konflikt zwischen Israel und Palästinensern nicht mehr den Stellenwert und einenden Charakter für arabische Staaten, der ihm noch in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg zukam. Vielmehr sehen viele arabische Nachbarstaaten Israel als einen militärisch mächtigen Partner im [Kampf](#) gegen den Iran. International wird mittlerweile sogar über die mögliche Schließung eines [Nichtaggressionspaktes](#) zwischen Israel und den Nachbarstaaten im Golf spekuliert.

Europas Optionen: Der mahnende Zaungast?

Selbstverständlich wurde auch in Europa die Präsentation des Friedensplans der Trump Administration verfolgt. In ihrer Reaktion auf den Vorschlag der Trump Administration, blieben die EU Mitgliedsstaaten vage. Die Mitgliedsstaaten erklärten, dass der US Plan eine Möglichkeit böte die Anstrengungen für eine Verhandlungslösung des Konfliktes zwischen Israel und Palästinensern wieder in Bewegung zu setzen. Gleichzeitig [erklärten](#) sie ihre fortbestehende Unterstützung für eine Zwei-Staaten-Lösung und ihr Bekenntnis zu den relevanten UN Resolutionen.

Medienberichten zufolge [versuchte](#) der EU Außenbeauftragte die Mitgliedsstaaten von einer deutlich kritischeren Haltung zu überzeugen, erfuhr allerdings eine Absage von sechs Mitgliedsstaaten. Die Stellungnahme, die Josep Borrell in der Folge in

eigenem Namen veröffentlichte, kritisierte die US-Friedensinitiative und erklärte, dass sie "von international vereinbarten Parametern abweicht". In seinem Statement rief Josep Borrell beide Parteien dazu auf, direkte Verhandlungen zu beginnen und keine einseitigen Maßnahmen zu ergreifen. Zudem betonte er, dass „wir besonders besorgt über Erklärungen zur Möglichkeit einer Annexion des Jordantals und anderen Teilen des Westjordanlandes“ sind und fügte als Warnung hinzu, dass "[Schritte zur Annexion, falls sie umgesetzt werden, nicht unangefochten](#)" durchgehen könnten. Ein ähnliches Statement veröffentlichte der EU-Außenbeauftragte auch nach dem Abschluss der Regierungsverhandlungen in Israel. Dort unterstrich er, dass die EU keine israelische Souveränität in der Westbank anerkenne und warnte, dass jegliche Annexionsentscheidung einen „ernsthaften Bruch internationalen Rechts“ [darstellen](#) würde. Ähnlich hatten sich EU Diplomaten Medienberichten zufolge schon während der Koalitionsverhandlungen gegenüber dem Verhandlungsteam von Benny Gantz geäußert. Demzufolge [warnten EU Offizielle](#), dass Entscheidungen Teile der Westbank zu annektieren eine starke Antwort der EU zufolge hätte. Insbesondere Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn hat begonnen eine koordinierte Reaktion der EU-Außenminister auf etwaige israelische Annexionen zu organisieren. Dafür lud er Medienberichten zufolge einige EU-Außenminister zum [informellen Abendessen](#) ein. Eine im Raum stehende Idee wäre die formelle Anerkennung Palästinas. Allerdings, so die Berichte, sollte diese Option eher als Drohung gegenüber Israel verwendet werden, sollte es sich tatsächlich dazu entscheiden Teile der Westbank zu annektieren.

Deutsche Repräsentanten sollen bei diesem Abendessen nicht anwesend gewesen sein. Grundsätzlich haben sich offizielle Stellen in Berlin bisher bedeckt gehalten. Zwar sei jeder Impuls, der den Nahostkonflikt in Gang bringe zu [begrüßen](#), so Deutschlands Außenminister Heiko Maas. Allerdings stellte er auch klar, dass „nur eine für beide Parteien

akzeptable, verhandelte Zwei-Staaten-Lösung zu einem dauerhaften Frieden zwischen Israelis und Palästinensern führen“ könne.

Kritischer äußerten sich bislang Abgeordnete der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD in Videointerviews mit ELNET Deutschland. CDU-Sicherheitsexperte Roderich Kiesewetter MdB erklärte kurz nach seiner Rückkehr aus Israel und den palästinensischen Gebieten, dass er den Friedensplan der Trump Administration als „Wahlkampfhilfe für Netanyahu“ sehe. Besonders besorgt war Kiesewetter um die Auswirkungen des Friedensplans auf die Beziehungen zwischen Israel und Jordanien, deren Sicherheitsinteressen unberücksichtigt blieben. Dagegen erhalte Israel „das Recht zur sofortigen Annexion weiter Teile der Westbank, die Palästinenser hingegen wären an sehr viele Bedingungen geknüpft, insbesondere was die Aussicht auf einen Staat angeht. (...) Außerdem ist die Frage Ostjerusalem nicht gelöst.“ Nicht [überschätzen](#) solle man dabei die Rolle Deutschlands aber auch Europas. „Ein Friedensprozess ist nur dann erfolgreich, wenn er aus der Region kommt und aus der Region getragen wird. (...) Die Aufgabe Deutschlands sehe ich sehr klar darin, zwischen den arabischen und den regionalen Akteuren insgesamt deutlich zu machen, dass wir als Mittler aktiv sein können, dass aber auch die Araber als Mittler aktiv sein müssen.“

Als „völlig ungeeignet, eine nachhaltige Friedenslösung zwischen Israel und den Palästinensern zu erzielen,“ [kommentierte](#) der SPD-Außenexperte Nils Schmid MdB die Initiative der Trump Administration. Der Plan schlage sich einseitig auf die Seite Israels „und vernachlässigt die berechtigten Interessen der Palästinenser,“ so Schmid weiter. Umso wichtiger werde deshalb die Rolle Deutschlands und Europas. Eine Zwei-Staaten Lösung auf Basis der UN-Resolutionen bleibe der richtige Weg, deshalb brauche es direkte Verhandlungen zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde.

Sowohl Kieswetter als auch Schmid forderten vertrauensbildende Maßnahmen zwischen Israel, den Palästinensern und den arabischen Staaten, um den Friedensprozess in der Region voran zu bringen.

Nicht alles was im Trump Plan stehe sei falsch, [entgegnete](#) der Grünen-Außenpolitiker Omid Nouripour MdB im Interview mit ELNET Deutschland. „Es ist keine Frage, dass die Zwei-Staaten Regelung eine Initiative braucht – gerade aus den USA. Allerdings ist jede Lösung am Ende eine, die verhandlungsbasiert sein muss.“ Eigentlich seien die Parameter für eine Lösung auf dem Tisch, so Nouripour. Woran es mangelt sei der Wille beider Seiten, und die fehlende Fähigkeit der Palästinenser, auch tatsächlich zu liefern. Besonders begrüßte Nouripour die Möglichkeit eines Nichtaggressionspaktes zwischen Israel und den arabischen Staaten. Der Obmann der FDP im Auswärtigen Ausschuss, Bijan Djir-Sarai MdB, [bemerkte](#), dass die Reaktion auf den Friedensplan der Trump-Administration in Europa sehr schnell negativ war. „Besser eine Initiative als gar keine Initiative. (...) Es ist gut das wir die Debatte darüber wieder begonnen haben,“ entgegnete dagegen Djir-Sarai. Dagegen sei von Europa zum Thema Nahost derzeit keine ernstzunehmende Initiative zu sehen. Nichts desto trotz kann „Europa hier einen wichtigen Beitrag leisten,“ so Djir-Sarai. Dafür seien allerdings auch Gesprächspartner notwendig. Eine Voraussetzung, an der es insbesondere auf palästinensischer Seite mangelt, so Djir-Sarai.

Tiefe Gräben bleiben

Es bleibt abzuwarten, was die israelische Regierung sowie das israelische Parlament ab dem 1. Juli entscheiden – und wie sich die Europäer dazu positionieren werden.

Bereits seit geraumer Zeit befinden sich die politischen Verhältnisse im Nahen Osten in einem tiefgreifenden Wandlungsprozess. Große Teile der israelischen Bevölkerung haben die Hoffnung auf eine Verhandlungslösung mit den Palästinensern aufgegeben – zumindest für den Moment. Die Palästinenserführung bleibt derweil schwach und gespalten. Demokratische Wahlen sind zudem seit Jahren ausgesetzt – inwiefern die Führungen in Gaza und Ramallah also noch die mehrheitliche Meinung der Bevölkerung vertreten, sollte zumindest genauer analysiert werden. Das Interesse vieler arabischer Staaten, sich einseitig für die Interessen der Palästinenser einzusetzen, schwindet derweil vor dem Hintergrund, dass Israel zunehmend als Partner in Sicherheitsfragen gesehen wird. Noch ist unklar, wie sich die Corona Pandemie auf die Verhältnisse im Nahen Osten auswirken wird.

Die Herausforderungen für Europa: Die Union sowie ihre Mitgliedsstaaten müssen sich auf die neuen Verhältnisse einstellen und sie – wo möglich – mitgestalten, ohne aber die eigenen Prinzipien aufzugeben. Ein enger Austausch mit dem wichtigsten Partner in der Region – Israel – bleibt dafür unablässig. Dafür müssen Gespräche zwischen der Europäischen Union, ihren Mitgliedsstaaten und Israel sowohl auf Ebene der Regierungen wie auch auf Parlamentsebene wieder aufgenommen beziehungsweise intensiviert werden. Auch ist Europa dazu aufgerufen, die palästinensische Führung ebenso wie die arabischen Nachbarstaaten zu motivieren, in direkte Gespräche mit Israel einzutreten, die in konkreten Verhandlungen münden müssen. Die traditionell guten Beziehungen Deutschlands zur arabischen Welt können dabei einen wertvollen Beitrag leisten.